

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

CDU

Herr Copertino
Herr Jansen
Herr Jung
Frau Schellong
Herr Weber

SPD

Herr Brücher
Herr Frischeimer (bis 16.20 Uhr)
Herr Kaufmann
Herr Pieplau (ab 16.20 Uhr)
Herr Sternbacher
Frau Weißfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood Vorsitzender
Herr Rees
Frau Wegner

FDP

Herr Teutrine

Die Linke

Frau Bußmann

Bielefelder Mitte

Frau Dr. Seidenberg

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic Integrationsrat
Herr Gugat Lokaldemokratie in Bielefeld
Herr Krollpfeiffer Bürgergemeinschaft für Bielefeld
Frau Huber Seniorenrat

Verwaltung

Herr Oberbürgermeister Clausen
Frau Beckmann-Schönwälder Dezernat 5
Herr Leesemann
Herr Epp Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Herr Hanke Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Frau Krutwage Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Frau Aron Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Herr Schloemann Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Schriftführung

Frau Mülöt Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführung JHA und SGA)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Nach vorheriger Absprache übernimmt Herr Hood die Sitzungsleitung.

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die anwesenden Mitglieder der beiden Ausschüsse und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) fest. Frau Weißenfeld verfährt für den Jugendhilfeausschuss (JHA) entsprechend.

Zum Zwecke der Protokollierung bittet Vorsitzender Herr Hood die Anwesenden um die Zustimmung für

- die Bestellung von Frau Mülöt als Schriftführerin der gemeinsamen Sondersitzung und
- die Aufzeichnung der Sitzung.

Die Anwesenden sind einverstanden.

Frau Brinkmann und Herr Weber beantragen für die CDU-Fraktionen im JHA und SGA die erste Lesung, da noch interner Beratungsbedarf bestehe.

Herr Oberbürgermeister Clausen schlägt daraufhin folgendes Verfahren vor: die heutige gemeinsame Sondersitzung werde unterbrochen und direkt vor der Ratssitzung am 05.03.2020 um 16.00 Uhr gemeinsam mit dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss weitergeführt.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 "Sichere Häfen" - Aufnahmeinitiative für NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10268/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen gibt über die Vorlage hinaus weitere Informationen. Die Erfahrungen verschiedener Städte und Kommunen in Deutschland mit vergleichbaren Projekten hätten gezeigt, dass in der Regel aus verschiedenen, teils unbekanntenen Gründen tatsächlich weniger Menschen als vorgesehen in den zugewiesenen Orten ankämen. Man könne also davon ausgehen, dass selbst bei Nennung konkreter Aufnahmezahlen im Rahmen dieser Initiative letztendlich nur eine geringere Zahl an Flüchtlingen auch tatsächlich in Bielefeld einträte.

Bei den betroffenen Menschen handele es sich überwiegend um Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan, die sich in den Aufnahmelagern auf den griechischen Inseln befänden. Für diese Menschen sei die Anerkennungsquote im Asylverfahren derzeit sehr hoch. Diese Flüchtlinge müssten grundsätzlich das übliche Asylverfahren durchlaufen. Die anerkannten Asylberechtigten würden anschließend einzelnen Kommunen zugewiesen werden. Über mögliche Abweichungen von diesem Verfahren entscheide das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW.

Der Kostenaufwand für die Stadt Bielefeld lasse sich nur vage und rudimentär prognostizieren. Zurzeit verfüge Bielefeld in den größeren Unterkünften über insgesamt ca. 150 freie Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen. Diese Leerstände verursachten Vorhaltekosten für Unter-

kunft, Sicherheits- und Hausmeisterleistungen. Durch die Aufnahme von 100 Flüchtlingen entstünden daher keine zusätzlichen Fixkosten. Darüber hinaus hingen die variablen Kosten sehr stark vom individuellen Bedarf der einzelnen Flüchtlinge ab, wie zum Beispiel für die jeweils notwendige medizinische Betreuung. Diese Kosten ließen sich schwer vorab kalkulieren. Die vergleichbaren Durchschnittskosten für andere Flüchtlinge lägen jedoch in der Summe unter den Pauschalen, die das Land erstatte.

Von den 16 Städten aus Nordrhein-Westfalen, die sich an dieser Initiative beteiligen wollten, hätten aktuell die Städte Hamm und Siegen auf weitere Schritte verzichtet, in Kevelaer habe sich der Rat der Stadt gegen die Beteiligung entschieden und für die Städte Dortmund, Minden, Köln, Krefeld, Düsseldorf und Leverkusen lägen positive Ratsbeschlüsse vor. Weitere Kommunen befänden sich in einem ähnlichen Beratungsstand wie Bielefeld.

Auf Nachfrage von Frau Brinkmann erklärt Herr Oberbürgermeister Clausen, er gehe davon aus, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge grundsätzlich auch einen Anspruch auf Familiennachzug hätten, sofern sie nach Abschluss des Asylverfahrens als Asylberechtigte anerkannt worden seien.

Frau Hopster erklärt ausdrücklich, dass die AGW den Verwaltungsvorschlag vorbehaltlos unterstütze.

Auf Nachfrage von Herrn Krollpfeiffer erläutert Herr Oberbürgermeister Clausen, dass sich die Flüchtlinge den Zielort nicht aussuchen dürften. Das Asylverfahren werde vom Griechischen Staat auf den Deutschen Staat verlagert. In Deutschland erfolge die Verteilung nach einem Verfahren zunächst auf Länderebene und innerhalb der Länder dann auf die Zielstädte.

Herr Krollpfeiffer fragt weiter, ob mit Aufnahme der genannten 100 Flüchtlinge die Unterkünfte damit voll ausgelastet seien. Hierzu führt Herr Oberbürgermeister Clausen aus, dass von den insgesamt 656 Belegplätzen allein in den in der Vorlage aufgeführten größeren Unterkünften derzeit 150 Plätze nicht belegt seien.

Frau Bußmann dankt für die angestrebte Beteiligung an der Initiative und unterstützt diese.

Frau Adilovic fügt hinzu, sie gehe davon aus, dass auch der Integrationsrat der Verwaltungsvorlage zustimmen werde. Gleichzeitig appelliere sie daran, bei der Entscheidungsfindung den Fokus nicht zu sehr auf den Kostenfaktor zu legen.

Herr Gugat sieht diese Initiative als „gelebtes Europa“, mit der Solidarität mit Griechenland und die Bereitschaft, sich humanitärer Probleme auch auf kommunaler Ebene anzunehmen, gezeigt werde. Bezogen auf die Vorlage habe er die Bitte, dass der Hinweis auf die Verhinderung möglicher Pull-Effekte gestrichen werde, da es diese nachweislich nicht gebe.

Herr Rees unterstützt ausdrücklich diese Ausführungen. Mit der Teilnahme an dieser Initiative sei man auf dem richtigen Weg.

Herr Brücher erklärt, dass die SPD-Fraktion die Vorlage der Verwaltung

ausdrücklich unterstütze. Die Initiative sei aus humanitären, europäischen und solidarischen Gründen unbedingt notwendig. Die Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen sei für Bielefeld finanziell möglich und werde auch von der Bevölkerung unterstützt und begleitet.

Herr Teutrine fragt, ob die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen ohne Anrechnung auf die Quote Auswirkungen auf die Bundesverteilung habe. Hierzu erklärt Herr Oberbürgermeister Clausen, dass das freiwillige Kontingent weder auf die kommunale noch auf die Landesaufnahmequote angerechnet werde. Das bedeute, man benötige die Zustimmung der Stadt und des Landes und das Einverständnis der Bundesregierung, um überhaupt Flüchtlinge nach Artikel 17 der „Dublin III Verordnung“ von Griechenland nach Deutschland holen zu können.

Zu den genannten Pull-Effekten erklärt Herr Oberbürgermeister Clausen, dass er hier keine Pull-Effekte erkenne, diese aber aufgrund der politischen Diskussionen zu diesem Thema in der Vorlage erwähnt würden.

Auf Nachfrage von Frau Brinkmann bestätigt Herr Oberbürgermeister Clausen, dass die genannte Zahl von 100 Flüchtlingen auf keinen Fall überschritten werde. Ob es sich hier um eine einmalige Aktion handele, könne er im Moment weder ausschließen noch versprechen.

Zu Punkt 1.1 "Sichere Häfen" - Aufnahmeinitiative für NRW - ergänzende Informationen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10416/2014-2020

Die Beratung erfolgt unter TOP 1.

Vorsitzender Herr Hood erklärt die Sitzung um 16.35 Uhr für unterbrochen.

Joachim Hood
(Vorsitzender Sozial- und Gesundheitsausschuss)

Regine Weißenfeld
(Vorsitzende Jugendhilfeausschuss)

Rita Mülöt
(Schriftführung)